

Es gibt nichts Besseres zur Abkühlung der Klima-Alarm-Politik als die Verknappung fossiler Energie

geschrieben von Chris Frey | 2. März 2022

[Larry Bell](#)

Was für einen Unterschied ein Jahr macht, wenn man sieht, wie steigende Erdölpreise und Heizkosten im Winter zu einem dramatischen politischen Klimawandel hinsichtlich der Bedeutung fossiler Energie führen können.

Die Rücknahme der öl- und gasfeindlichen Regulierungserlasse der Regierung Biden, die verzweifelten Appelle des Weißen Hauses an die Kohlenwasserstoff-Unternehmen, die Produktion zu steigern, und die von den Demokraten unterstützten Vorschläge zur Aussetzung der Erdgassteuer auf Bundesebene zeugen von diesem bösen Erwachen.

Während Europa dazu übergegangen ist, Erdgas und Kernkraft als „grüne Energie“ einzustufen, steuert der weltweite Kohleverbrauch auf ein Rekordhoch zu, wobei China und Indien den Anstieg anführen.

Die [Erdölpreise](#) sind im vergangenen Jahr um einen Dollar auf durchschnittlich 3,44 Dollar pro Gallone gestiegen, da die Rohölpreise, die vor kurzem die Marke von 90 Dollar pro Barrel überschritten haben, angesichts der geopolitischen Spannungen voraussichtlich weiter steigen werden.

Diese eskalierenden Kosten für Gas und Öl haben inflationäre Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft und erhöhen die Kosten für Transport-bezogene Branchen wie Luftfracht und Lkw-Transport.

Zusätzlich zu den steigenden Kosten für alles, was transportiert werden muss, müssen die Verbraucher einen größeren Teil ihrer reduzierten Kaufkraft aufwenden, um ihre Autos zu betanken und ihre Häuser zu heizen und zu elektrifizieren.

Nach [Angaben](#) der Energy Information Administration (EIA) wird die Hälfte der US-Haushalte, die hauptsächlich mit Erdgas heizen, in diesem Winter 30 % mehr bezahlen als vor einem Jahr, und 50 % mehr, wenn dieser Winter kalt ist.

Diese Preiserhöhungen treffen einkommensschwache Familien ohne finanzielles Polster natürlich am härtesten. Nach Angaben des [US-Energieministeriums](#) ist die Belastung für sie sogar dreimal so hoch wie für wohlhabendere Haushalte.

Die EIA [schätzt](#) auch, dass die Erdgasvorräte derzeit um 16,5 % niedriger

sind als vor einem Jahr, und die Kohlevorräte der US-Kraftwerke werden voraussichtlich auf den niedrigsten Stand seit mindestens 1997 fallen.

Es sei daran erinnert, dass Amerika vor der COVID-Pandemie der weltweit führende Öl- und Gasproduzent war, eine Auszeichnung, die jetzt an Saudi-Arabien geht, da die US-Unternehmen angesichts eines zunehmend feindseligen Klimas der Demokraten ihre **Investitionsausgaben** gekürzt haben.

An seinem ersten Tag im Amt sagte Präsident Biden die Keystone XL-Pipeline ab, die bis zu 830.000 Barrel Rohöl pro Tag von Alberta zu Raffinerien an der US-Golfküste transportieren könnte.

Kurz darauf erließ Biden ein Moratorium für neue Öl- und Gaspachtverträge auf Bundesland, einschließlich des Arctic National Wildlife Refuge (ANWR) in Alaska und im Golf von Mexiko.

Im November kündigte die EPA neue **Vorschriften** zur Begrenzung der Methanemissionen aus der Öl- und Gasförderung an, die den Bau neuer Bohrungen, die Lagerung, den Transport und die Wartung bestehender Anlagen verteuern sollen.

In einer Rede vor Vertretern der 20 größten Volkswirtschaften der Welt auf dem UN-Klimagipfel in Glasgow, Schottland, im November desselben Monats hatte Präsident Biden **verkündet**: „Wir haben nur ein kurzes Zeitfenster vor uns“, um die Emissionen aus der Verbrennung von Öl, Gas und Kohle zu reduzieren, die eine „existenzielle Bedrohung“ für die Menschheit darstellen.

Unglaublicherweise geschah all dies zu einer Zeit, als Präsident Biden die OPEC und andere der weltweit größten Ölproduzenten aufforderte, ihre Lieferungen zu erhöhen.

Nachdem sie von der OPEC und Russland eine schmachvolle Abfuhr erhalten hatte, forderte die Regierung Biden die US-amerikanischen Öl- und Gasproduzenten Mitte Dezember auf, die Fördermengen auf den bestehenden Pachtgebieten des Bundes so schnell wie möglich zu erhöhen.

Diese dringende **Bitte** wurde von Energieministerin Jennifer Granholm auf einer Sitzung des National Petroleum Council Mitte Dezember vorgetragen: „Wie Sie wissen, leiden die Verbraucher an den Zapfsäulen. Ich hoffe, dass Sie mir zuhören, wenn ich sage, dass Sie bitte die Pachtverträge, die Sie haben, nutzen, Arbeiter einstellen und die Anzahl der Bohrinnseln erhöhen sollten.“

So viel zur Sorge um die fossilen Brennstoffe, die eine existenzielle Bedrohung darstellen.

Wie die **Redakteure** des *Wall Street Journal* feststellten, „häufen sich die Widersprüche in der Klimapolitik, und der jüngste ist ein Aufruf von demokratischen Senatoren, die dieses Jahr zur Wiederwahl antreten, die

Bundesbenzinsteuern auszusetzen.“

In Anbetracht der politischen Gefahr in der Mitte der Legislaturperiode haben die Senatoren Mark Kelly (Arizona), Maggie Hassan (New Hampshire), Georgia Raphael Warnock (Georgia), Catherine Cortez Masto und Jacky Rosen (Nevada) sowie Debbie Stabenow (Michigan) einen Gesetzentwurf eingebracht, um die Steuer von 18,4 Cent pro Gallone im Jahre 2022 auszusetzen.

In die Höhe schießende Energiepreise und drastische Engpässe zwingen auch die europäische Politik zu einer harten Realität, die die EU-Kommission dazu veranlasst hat, Erdgas und Kernenergie in einer „Taxonomie“ als potenzielle **grüne** Energiequellen einzustufen, um die staatlichen Ausgaben und privaten Investitionen zu steuern.

Kein Wunder, dass dies geschieht, da die Schließung von Kohlekraftwerken in ganz Europa die Abhängigkeit der Bevölkerung von Erdgas erhöht hat – auch als Backup für stark subventionierte, intermittierende Solar- und Windenergie. Die Gaspreise sind nach einer Verzögerung der Windenergieproduktion im letzten Sommer um 600 % gestiegen, und die Bedingungen können sich nur noch verschlimmern, da Europa jetzt mit geringen Reserven durch den Winter geht.

Britische **Haushalte** müssen damit rechnen, dass ihre Strom- und Gasrechnungen in diesem Jahr um mehr als die Hälfte in die Höhe schnellen.

Deutschland, das im Dezember drei Kernkraftwerke abgeschaltet hat – drei weitere sollen noch in diesem Jahr eingemottet werden -, wird noch abhängiger von Erdgas werden, das möglicherweise durch die Nord Stream 2-Pipeline über die Ostsee geliefert wird, die von Präsident Trump sanktioniert wurde und auf die Biden unerklärlicherweise verzichtet hat.

Nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) hat die globale Gasversorgungskrise, die weltweit zu rekordverdächtigen **Erdgaspreisen** geführt hat, auch dazu beigetragen, dass die Nachfrage nach Strom aus Kohlekraftwerken in diesem Jahr um 9 % gestiegen ist.

Nach einem stetigen Rückgang in den letzten Jahren wird **erwartet**, dass die Stromerzeugung aus Kohle in den USA und im Vereinigten Königreich bis 2022 um 20 % steigen wird, ausgehend von einem niedrigen Niveau im Jahr 2020.

Die IEA geht davon aus, dass Indien seine kohlebefeuerte Stromerzeugung in diesem Jahr um 12 % steigern wird, während Chinas Nutzung von Kohlekraftwerken als Reaktion auf die mehrmonatigen Stromengpässe der letzten Zeit voraussichtlich um bis zu 9 % zunehmen wird.

Wir können sicher sein, dass die nicht an die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens zur Senkung des Kohlenstoffausstoßes gebundenen Regierungen in Peking und Moskau begeistert sind, dass die Regierung

Biden die reichlich vorhandenen, zuverlässigen und wirtschaftlichen fossilen Brennstoffe zugunsten von Wind- und Solarenergiespeichern aufgibt, die von den von ihnen gelieferten seltenen Erden abhängen.

Solange sich die Demokraten auf den Klimawandel und sinkende Umfragewerte fixieren, dürften unsere wirklich größten existenziellen Bedrohungen mehr in Gestalt von Angriffen auf die Ukraine und Taiwan konzentrieren.

This piece originally [appeared](#) at NewsMax.com and has been republished here with permission.

Link:

<https://cornwallalliance.org/2022/02/nothing-like-fossil-energy-shortage-s-to-cool-climate-alarm-policies/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE